

### Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung



vom 30. Januar 2020



Nachdem der absehbare „worst case“ eingetreten ist, und sich mit der **IAA** eine der wichtigsten Messen aus Frankfurt verabschiedet hat, stellte **Markus Fuchs**, Stadtverordneter der AfD in der aktuellen Stunde zu diesem Thema fest: *„Letztendlich ist Herrn Feldmann sein Ökopopulismus auf die Füße gefallen.“* Kritik an der Autoindustrie zu üben, sei durchaus legitim. Doch die überhebliche Art und Weise, in der der Frankfurter Oberbürgermeisters sie vorgebracht habe, sei schon ein Fall für sich. *„Und wenn man dann auch noch die Blockierer hofiert, die den Besuch der IAA zum Speißrutenlauf machen wollten, bekommt das schon eine eigene Qualität“*, so Fuchs.

Aber das Ganze sei dennoch nicht nur eine Causa Feldmann, sondern das Problem liege tiefer. Das Verhalten von Genosse Feldmann sei nur das Symptom einer wirtschaftspolitisch amoklaufenden SPD. *„Statt sich Gedanken zu machen, wie unsere wichtigsten Industrien gestärkt werden können, arbeitet die SPD von der Bundesebene bis hinab ins Kommunale fleißig an der Deindustrialisierung unseres Landes. Eine ideologisch motivierte Mobilitätswende, die einseitig und ohne Verstand alleine auf E-Mobilität setzt, wird in Kombination mit einer planlosen Energiewende, die Strom gerade zum Luxusgut macht, zur Katastrophe für unser Land“*, stellte der AfD-Stadtverordnete fest. In der Autoindustrie würden gerade in großem Maße Arbeitsplätze abgebaut. Wo bleibe da die SPD? *„Nicht FFF sollten Sie gefallen wollen, sondern der arbeitenden Bevölkerung! Die findet aber in ihrer Politik nur noch als Lastesel und Steuersklave Platz!“*, fuhr Fuchs fort. Statt sich Gedanken über die Sicherung der Arbeitsplätze zu machen, wolle die SPD grüner als die Grünen sein. Und der arbeitenden Bevölkerung durch CO<sub>2</sub>-Steuern das Leben noch teurer machen. *„Früher stand SPD mal für `Sozialdemokratische Partei Deutschlands´, heute steht SPD für `Sozis Plündern Dich´“*, konstatierte der AfD-Stadtverordnete.



**Horst Reschke**, ordnungs- und sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, sieht im jüngsten **Urteil des Oberlandesgerichts zu den Strafzetteln**, die **widerrechtlich von Privaten im Auftrag der Stadt ausgestellt** worden seien, einen Paukenschlag. *„Die Leiharbeitskräfte haben dabei nichts verkehrt gemacht“*, betonte Reschke. Sie hätten beim Ausstellen der Strafzettel lediglich einen Auftrag ausgeführt, es handele sich Verträge im Gegenverhältnis zur Stadt, die vermutlich auch rechtlich einwandfrei seien. Wer aber das Urteil lese, spüre förmlich den Zorn der Richter. Diese hätten – sollte man meinen! - unmissverständlich klar

gemacht, was hier rechtlich verkehrt gelaufen sei. Hier liege Amtsanmaßung vor, die die Stadt zu verantworten habe, so der AfD-Stadtverordnete. Es handele sich also keineswegs um ein personalpolitisches Problem, wie Dezernent Majer es gerne kolportiere. *„Hier geht es nicht um die Frage, ob wir genügend Kontrolleure haben oder nicht“*, schloss Reschke.



**Monika Krause**, Stadtverordnete der AfD, zeigte sich befremdet, dass die Römer-Koalition das Thema **Städtische Bühnen** als Tagesordnungspunkt angemeldet hatte, nachdem der Antrag von CDU, SPD und Grünen erst am Vormittag in den Geschäftsgang gegeben worden sei. *„Statt diese wiederholte Hektik an den Tag zu legen, Anträge erst kurz vor der Stadtverordnetenversammlung zu stellen, hätte es sich die Koalition aber auch einfacher machen und unserem Antrag in Gänze oder wenigstens in Teilen zustimmen können“*, so Krause. Im Gegensatz zum AfD-Antrag kämen im Pendant von CDU, SPD und Grünen

Überlegungen zur Kostenreduzierung gar nicht vor. Und das, obwohl die antizipierten Kosten zielstrebig in Richtung eine Milliarde Euro zuliefen. *„Wir sehen es als geboten an, neben möglichen baulichen oder Standort-Überlegungen auch schon jetzt an eine Reduzierung der Kosten zu denken“*, so Krause und schloss: *„Die AfD-Fraktion stimmt dem Antrag der Koalition im Rahmen unseres Antrags zu.“*



**Rainer Rahn**, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer sprach in seinem **Redebeitrag zur Arbeiterwohlfahrt (AWO)** an, dass die AfD drei Anträge gestellt habe, die die Römer-Koalition mehrheitlich abgelehnt habe. Da gehe es auch um die Forderung, dass die Stadtverordneten Einsicht in die Revisionsberichte zu den Verträgen der Stadt mit der AWO bekommen sollen. *„Das Thema ist sehr komplex und eine Akteneinsicht hilft da nur rudimentär, da wäre es nur folgerichtig, dass dem jeder zustimmen müsste“*, so Rahn. *„Aber hier vermisse ich, dass Sie sagen: Ja, wir als Entscheidungsträger wollen alle Informationen haben, die wir haben*

*möchten.“* Frau Prof. Birkenfeld sage: mehr Transparenz geht nicht.

*„Doch! Das geht! Mehr Transparenz würde zumindest mal bedeuten, dass alle Entscheidungsträger die Revisionsberichte vorliegen haben und zur Entscheidungsgrundlage machen können“, fuhr der AfD-Fraktionschef fort.*

Als die AfD den AWO-Akteneinsichtsausschuss am 27. Juni 2019 angefordert habe, sei Frau Schubring (CDU) noch mit dem Ausruf aufgefallen: `Dagegen müssen wir uns wehren!`, rief Rahn in Erinnerung. *„Wehren dagegen, dass bei der Oppositionspartei ein Recht in Anspruch genommen wird, dass ihr zusteht und das Ausfluss des Demokratie- und Gewaltenteilungsprinzips ist?“,* hakte Rahn hier nach.

Das sei doch ein sehr seltsames Verständnis von Rechtsstaat und Demokratie. *„Heute sind wir uns einig, dass es noch nie einen Akteneinsichtsausschuss gab, der so berechtigt war wie dieser!“,* sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende. Allgemein sei der Eindruck entstanden, der Akteneinsichtsausschuss solle die kriminellen Machenschaften der AWO aufdecken. *„Das ist nicht die Aufgabe des Akteneinsichtsausschusses“,* erklärte Rahn. Vielmehr solle er dazu dienen, den Magistrat und die Verwaltung zu kontrollieren! Es sei der Akteneinsichtsausschuss ein Kontrollinstrument, dass man einsetzt, wenn man den Eindruck habe, dass nicht alles mit rechten Dingen zugeht. *„Und diesen Eindruck hatten wir und der hat sich mehr als bestätigt. Die AWO hat die Stadt in erheblichem Umfang betrogen, die Summen liegen im hohen sechs- vielleicht auch siebenstelligen Bereich“,* so Rahn weiter. *„Die Stadt ist nicht argloses Opfer der AWO, sondern die Verantwortlichen haben schon relativ früh erkannt, dass sie betrogen werden.“* Sie hätten die Missstände lange Zeit toleriert, es gebe massive Versäumnisse, die mittlerweile auch Gegenstand staatsanwaltlicher Untersuchungen seien. *„Beihilfe zum Betrug, Strafvereitelung im Amt, alles durchaus schwerwiegende Vorwürfe“,* hob der AfD-Fraktionschef hervor. Bemerkenswert sei eine Vereinbarung vom 14.7.2016, ein zweiseitiges Dokument des Inhalts: *„Die AWO organisiert die Betreuung von Flüchtlingen und die Stadt zahlt alles, unterschrieben von Frau Birkenfeld. Quasi eine Art Blankoscheck für die AWO“,* fuhr Rahn fort. Dies sei wohl als temporäres Dokument gedacht gewesen, das durch einen ordentlichen Betreibervertrag habe ersetzt werden sollen. Was aber nie passiert sei. *„Irgendwie auch verständlich, dass die AWO überhaupt kein Interesse daran hatte das zu ersetzen, weil das für die Organisation ja eine relativ günstige Vereinbarung war,“* merkte der AfD-Fraktionschef an. Zumal der letzte Satz laute: `Die Vereinbarung verliert per Unterzeichnung des Betreibervertrages ihre Gültigkeit. Das heiße, es könne in 100 oder in 1000 Jahren sein, wenn man sich nicht vorher einigt und keinen Vertrag schließt. *„Da muss ich sagen, Frau Birkenfeld, wenn das ein unbedarfter Tölpel unterschreibt, kann ich das verstehen. Aber Sie sind Juristin. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wie Sie bei klarem Verstand 2016 sowas unterschreiben konnten!“* Hier müsse sich Frau Birkenfeld die Frage stellen, ob sie so etwas wirklich im Auftrag der Stadt habe unterschreiben dürfen oder ob da nicht möglicherweise sogar zivilrechtliche Forderungen auf Sie zukommen werden. *„Aufgrund dieses Papiers als Anspruchsgrundlage sind knapp 17 Millionen Euro geflossen“,* klärte Rahn auf.





# Bericht aus dem Stadtparlament

## AfD-Fraktion im Römer

Die Stadt habe im Jahr 2018 Stillschweigen vereinbart und nicht den wahren Grund genannt. Tatsächlich sei für die Trennung das kriminelle Verhalten der AWO ursächlich gewesen. Doch die Stadt habe sich lieber für die Sprachregelung entschieden: `Die AWO möchte sich auf Kerngeschäft konzentrieren`. *„Sie haben sich zu Kumpanen einer kriminellen Vereinigung gemacht und decken sie auch noch. Ihr Auftrag wäre gewesen, in der Öffentlichkeit die Wahrheit zu kommunizieren! Wenn die AWO sich - wie tatsächlich geschehen - vertragswidrig weigert, der Stadt bei Verdachtsfällen Auskunft zu erteilen, hätte es für die Stadt keine Alternative dazu gegeben, Strafanzeige zu stellen“*, stellte Rahn klar.

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

**Nächste Bürgersprechstunde** findet statt: **4. März 2020** um **17** Uhr in den Fraktionsräumen Raum **128**.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

[www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html](http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html)

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

[einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de](mailto:einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de)

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **27. Februar 2020**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:  
Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: [info@afd-im-roemer.de](mailto:info@afd-im-roemer.de)  
Internet: [www.afd-im-roemer.de](http://www.afd-im-roemer.de)

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:  
AfD-Fraktion im Römer  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn  
(Fraktionsvorsitzender)